

Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO

Eingang: 5.7.2005
Antragsnr.: 127/2005
Verteiler: OBM, BM, Fraktionen
Zust. Referat: V/50 Vierheilig
mit Referat: I, IV, VHS

Herrn
Oberbürgermeister
Dr. Siegfried Balleis
Rathaus

91052 Erlangen

□□□□ **SPD**
□□□□ **Fraktion**
□□□□ **im Stadtrat**
Erlangen

Rathausplatz 1
91052 Erlangen

Geschäftsstelle im Rathaus
1. Stock, Zimmer 108 und 109
Telefon 0 91 31 / 86 22 25
Telefax 0 91 31 / 86 21 81
e-mail spd@erlangen.de
www.spd-fraktion-erlangen.de

Erlangen, den 5. Juli 2005

Antrag zum KFA, SportA, SGA, Kuratorium der Volkshochschule

Einführung eines „Erlangen-Passes“ zur Integration bedürftiger Menschen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

der erste – und bisher einzige – Erlanger Armutsbericht dokumentierte Anfang der 90er in Zahlen und Fakten, dass knapp 10% der Erlanger Bevölkerung nach der Definition der Europäischen Gemeinschaft in Armut lebte. Besonders betroffen waren vor mehr als 10 Jahren alte, alleinstehende Menschen und Familien mit Kindern, vor allem Alleinerziehende.

Der Armutsbericht der Bundesregierung und seine aktuelle Fortschreibung zeigen deutlich, dass sich gesamtgesellschaftlich die Situation kontinuierlich verschärft hat. Es muss davon ausgegangen werden, dass Erlangen hiervon keine Ausnahme bildet. Zwar liegen bedauerlicherweise keine aktuellen Zahlen vor, es gibt jedoch viele Hinweise, dass sich auch in unserer Stadt Armut weiter verfestigt hat. Es ist an dieser Stelle hinzuweisen z.B. auf die intensive Nutzung der „Erlanger Tafel“ oder die zunehmende Nachfrage nach billigem Wohnraum.

Das zeigt: Die wirtschaftliche Lage einer wachsenden Anzahl von Menschen aus unterschiedlichen Schichten unserer Gesellschaft wird z.B. aufgrund von (Langzeit)arbeitslosigkeit, aber auch im Rahmen von zunehmenden gering entlohnten Beschäftigungsverhältnissen immer schwieriger. Diese Polarisierung unserer Gesellschaft wird mittlerweile allgemein konstatiert. Um der damit zwangsläufig einhergehenden Ausgrenzung eines Teils der Bevölkerung entgegen zu wirken, müssen Kommunen besondere Anstrengungen zur Integration unternehmen mit dem Ziel, die gleichberechtigte Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger an allen Bereichen gesellschaftlichen Lebens zu gewährleisten.

Insbesondere wird immer wieder von Sozialverbänden und auch in persönlichen Gespräch berichtet, dass angesichts der Lage arbeitsloser Menschen – und hier insbesondere der ALG II-BezieherInnen – deren Möglichkeiten der Teilhabe immer problematischer wird. Für Menschen in wirtschaftlich und sozial schwierigen Lebenslagen ist der



gleichberechtigter Zugang zu Bildung, Kultur und Gesundheitsförderung unabdingbar, um Selbsthilfekräfte zu unterstützen oder zu mobilisieren

Dies gilt in besonderem Maße für Familien. Wo zu hohe Eintrittspreise und Gebühren Hürden schaffen für gleichberechtigte Teilhabe, werden hier außerdem Zukunftsperspektiven für die betroffenen Kinder und Jugendlichen verbaut. Diesen Gefahren müssen familienfreundliche Kommunen als erste Instanz der Staatlichkeit sensibel begegnen. Die Sicherung der Teilnahme an (Weiter)bildungsangeboten, kulturellen und sportlichen Aktivitäten fördert die Integration, erhöht die Bildungschancen und ist aktive Gesundheitsvorsorge.

Wenn die finanziellen Rahmenbedingungen der Kommunen derzeit keine kostenlose oder niederschwellige Gestaltung von Eintrittspreisen und Gebühren städtischer Angebote zulassen, muss der Benachteiligung zumindest personenbezogen gegengesteuert werden.

Wir stellen daher folgenden Antrag:

Wie bereits in anderen Städten – z.B. in Nürnberg – wird auch in Erlangen eine Karte, ein Pass o.ä. an bedürftige Personen ausgegeben, um eine Reduzierung der Eintritte und Gebühren in Bildungs- und Kultureinrichtungen sowie in Sportstätten, z.B. den Bädern, u.ä. zu ermöglichen. Eine derartige Förderung ist personen- und zweckgebunden. Dadurch wird sichergestellt, dass sie ausschließlich den tatsächlich Bedürftigen zugute kommt.

Die Einführung des „Erlangen Passes“ soll so schnell wie möglich erfolgen.

Die Verwaltung wird beauftragt, Vorschläge zu unterbreiten, wie der Personenkreis sinnvoll definiert werden kann.

Die Verwaltung wird beauftragt aufzuzeigen, wie die Kooperation und die Finanzierung mit den beteiligten Ämtern und Dienststellen erfolgen kann.

Die finanziellen Auswirkungen sind im Haushalt 2006 ff zu berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüßen

Gisela Niclas
Fraktionsvorsitzende

Ursula Lanig
Kulturpol. Sprecherin

Dr. Brigitte Mugele
Gesundheitspol. Sprecherin

Harald Krebs
Schulpol. Sprecher

Axel Graemer
Sportpol. Sprecher

Barbara Pfister
Sprecherin für Gleichstellung